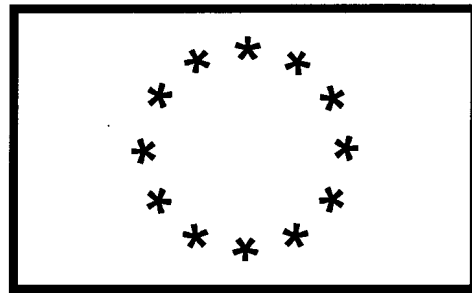


Anlage 1

An
(Bewilligungsbehörde)

**Antrag**

auf Gewährung einer Zuwendung aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Verbesserung der Investitionen in der Binnenfischerei und Aquakultur, RdErl. des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 16. 9. 2002, Az.: III-5 764.71.61 und aus Mitteln des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei, FIAF, gemäß Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 des Rates vom 17. Dezember 1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischsektor.

1. Antragsteller

1.1	Name/Bezeichnung Betriebsnummer			
1.2	Anschrift	Straße, PLZ, Ort, Kreis		
1.3	Vertretungsberechtigte	Name, Vorname		
1.4	Auskunft erteilen:	Name, Tel. (Durchwahl), Telex, Telefax		
1.5	Bankverbindung	Kto-Nr.:	BLZ	
		Bezeichnung des Kreditinstituts		
1.6	Rechtsform			
1.7	Namen der Hauptkapital- eigner mit dem %-Satz ihrer Beteiligung	1		%
		2		%
		3		%
		4		%
		5		%
1.8	Klein- oder Mittelbetrieb ¹⁾	Ja	Nein	

1) Angabe, ob es sich um einen Klein- oder Mittelbetrieb handelt, der mindestens zwei der folgenden Kriterien erfüllt: Bilanz < 6,2 Mio. Euro, Umsatz < 12,8 Mio. Euro, Beschäftigte < 250

2. Maßnahme

2.1 Kurztitel	
2.2 Ort der Investition	
2.3 Durchführungszeitraum voraussichtlicher Beginn des Vorhabens: Monat/Jahr voraussichtliches Ende des Vorhabens: Monat/Jahr	

3. Kosten

	Euro	%
3.1 Gesamtkosten		
3.2 Kosten, für die ein EG-Zuschuß beantragt wird		
3.3 Kosten, für die der nationale Zuschuß beantragt wird		
3.4 beantragte nationale Mittel		von 3.3
3.5 beantragter EG-Zuschuß		von 3.2
3.6 andere für das Vorhaben eingesetzte Zuschüsse		
3.7 Art und Rechtsgrundlage des nationalen Zuschusses		

4. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) in 1.000 Euro		
		20..	20..	20.. und ff.
4.1 Gesamtausgaben (Nr. 3.1)				
4.2 Eigenanteil:	Eigenmittel ²			
	Darlehen ³			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)				
4.4 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch				
4.5	Beantragter Zuschuß:			
	- EG			
	- National			

2.) Nachweis der Eigenmittel mit Bestätigung der Bank

3.) Darlehensbestätigung mit Angabe der Darlehensbedingungen sind beizufügen

5. *Investitionen* (Gliederung nach DIN 276 Teil II)

	Euro	davon förderfähig
5.1 Gebäudeausgaben		
5.2 Maschinen- und Geräteausgaben		
5.3 Außenanlagen		
5.4 Zusätzliche Maßnahmen		
5.5 Baunebenausgaben		
Gesamtausgaben		

6. *Erläuterung des Vorhabens*

Kurzbeschreibung der Maßnahme:

6.1 *Ausführliche Beschreibung des Vorhabens* (mindestens eine Seite DIN A4)

u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, kurze Darstellung der Ziele und Ausschlußkriterien unter Berücksichtigung der Entscheidung der Kommission (94/929/EG), Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren

Ziele des Vorhabens

Umweltschutz

Technologische Innovation, neuartige Erzeugnisse

Produktsicherheit

Kostensenkung

Qualitätsverbesserung

6.2 *Sozialökonomische Auswirkungen des Vorhabens* (Beschäftigungswirksamkeit, Ausbildungsbedarf)

6.3 Nachweis der Umweltverträglichkeit des Vorhabens

nach Maßgabe des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27.06.1985 (85/337/EWG Art. 3 ff.) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten im Lande Nordrhein-Westfalen vom 29.04.1992 (GV. NW. 1992 S. 174)

6.4 Auslastung der durch die Investition geschaffenen Kapazitäten**6.5 Indikatoren für die Begleitung und Bewertung**

entsprechend Artikel 25 Abs. 2 der VO (EWG) Nr. 2082/93 (Benennung und voraussichtliche Entwicklung der materiellen Indikatoren gemäß Anlage 5)

7. Darstellung der wirtschaftlichen Lage des Antragstellers

(ca. eine Seite DIN A4)

Beizufügen sind:

- Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen - für die letzten 3 Jahre - des Antragstellers zur Beurteilung der Förderwürdigkeit mit Bestätigung durch einen Steuersachverständigen oder den gesetzlichen Prüfungsverband;
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag sowie Genossenschafts- bzw. Handelsregistrauszug.

8. Rentabilität des Vorhabens

vor Beginn und für die ersten drei Geschäftsjahre nach Durchführung des Vorhabens

	-1 ¹⁾	+ 1	+ 2	+ 3
Umsatz				
/. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
= Bruttowertschöpfung				
/. Personalausgaben				
/. sonstige betriebliche Aufwendungen				
/. Abschreibungen				
/. sonstige Erträge				
/. Zinsen und andere Aufwendungen				
= Ergebnis vor Steuern				

¹⁾ - 1, + 1 ff. beziehen sich auf das Jahr vor und die Jahre nach Durchführung des Vorhabens

9. *Verpflichtungen und Erklärungen des Antragstellers*

9.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die sich auf die Zuwendungen beziehenden Unterlagen nach Vorlage des Verwendungsnachweises für die Dauer von weiteren 5 Jahren aufzubewahren.

9.2 Erklärungen des Antragstellers

9.2.1 Ich/Wir erkläre(n), dass

9.2.1.1 ich/wir den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst bewirtschafte(n),

9.2.1.2 ich/wir zum Vorsteuerabzug - nicht - berechtigt bin/sind und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3.1) berücksichtigt wurde (Preise - mit - ohne - Umsatzsteuer),

9.2.1.3 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

9.2.1.4 dass ich/wir mit der Maßnahme noch nicht begonnen haben und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht beginnen werden.

9.2.2 Mir/uns ist bekannt, dass

9.2.2.1 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Beihilfe abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, 1. WiKG) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SVG. NW. 73) sind,

9.2.2.2 die Bewilligung der Beihilfe nur vorgenommen werden kann, wenn die erforderlichen behördlichen Genehmigungen der Bewilligungsbehörde vorliegen,

9.2.2.3 die Bewilligungsbehörde berechtigt ist, die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane zu kontrollieren,

9.2.3 dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Investitionen bezeichnen und es zu diesen begleiten werde/n,

9.2.3.1 dass ich/wir dem Kontrollpersonal das Betretungsrecht und das Recht auf eine angemessene Verweildauer auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsicht in die für die Beurteilung der Zuwendungsvoraussetzungen notwendigen betriebswirtschaftlichen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen werde/n.

- 9.2.4 Ich/Wir bin/sind damit einverstanden, dass
- 9.2.4.1 die Angaben in und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EG übermittelt werden können - ich bin/wir sind darüber belehrt worden, daß die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes NRW v. 12. November 1999, GV. NRW. S. 602 (SGV. NW 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung dient, und dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind -,
- 9.2.4.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Beihilfe erforderlich sind, angefordert werden können,
- 9.2.4.3 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes zur Entscheidung über den Antrag beiziehen kann,
- 9.2.4.4 die Angaben zur Person zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können und ich/wir auf die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen Widerrufbarkeit belehrt worden bin/sind.

10. Anlagen

- ☐ Beglaubigter Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister
- ☐ Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag
- ☐ Darstellung der wirtschaftlichen Lage; Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 3 Jahre (vgl. Nr. 7)
- ☐ Gutachten über die betriebswirtschaftliche Rentabilität und die Kapazitätsauslastung der geplanten Maßnahmen
- ☐ Nachweis der Eigenmittel mit Bestätigung der Bank
- ☐ Bankbestätigung über die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen mit Angabe der Darlehenskonditionen (vgl. Nr. 4.2)
- ☐ Grundbuchauszug bzw. Pachtvertrag
- ☐ Vollständige Entwurfszeichnungen, Auszug aus der Flurkarte und Lageplan mit Einzeichnung der zur Bebauung und Befestigung vorgesehenen Flächen
- ☐ Erläuterungsbericht des Architekten mit genauer Beschreibung der Baumaßnahmen und Ausführungsart sowie Beschaffenheit des Baugrundes
- ☐ Bericht über den Stand der erforderlichen Genehmigungen, die - soweit vorhanden - beizufügen sind
- ☐ Bau- und/oder Raumprogramm
- ☐ Kostenberechnung, aufgliedert in Kostengruppen nach DIN 276 Teil II
- ☐ Flächenberechnung und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277
- ☐ Bauzeitplan
- ☐ Firmenangebote mit Preisangaben über die zur Beschaffung vorgesehenen Maschinen und Geräte
- ☐ weitere Anlagen:

Ich versichere, dass die Angaben in diesem Antrag (einschließlich der Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift

Mithilfe bei der Antragstellung durch

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift